

## „Die Flüchtlingskrise ist ein deutsches Problem.“

(Victor Orbán, Süddeutsche Zeitung, 04.09.15)

## „Was Europa macht, ist mir egal. Europa ist gescheitert.“

(Marine le Pen, Süddeutsche Zeitung, 07.09.15)



Hubert Heinhold  
ist Rechtsanwalt  
und im Vorstand  
des Fördervereins  
Bayerischer  
Flüchtlingsrat e.V.  
und bei Pro Asyl.

**E**s sind nicht nur rechtsradikale Nationalistinnen und Nationalisten, die Europas Flüchtlingspolitik als gescheitert ansehen. Auch Polen, Tschechien, Slowakei und die drei baltischen Staaten weigern sich, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Großbritannien hat die Flüchtlingsabwehr schon seit langem zur Staatsraison gemacht und Dänemark kappt zu diesem Zweck die Straßen- und Bahnverbindungen und verweist auf die Nachbarn, die allein zurechtkommen sollen. Hilflos versucht die Europäische Union mit der Idee eines Quotensystem eine gerechte Verteilung herbeizureden. Dass dies keine Lösung darstellt, steht schon jetzt fest. Nicht nur der Egoismus der Staaten wird ein effektives Quotensystem verhindern, sondern auch die Flüchtlinge durch ihre Abstimmung mit den Füßen. Warum sollen sie in einem Land bleiben, in welches sie die Quote zugewiesen hat, wenn die Zuweisung aufgrund des Dublin-Systems abgelehnt wurde? Sie werden auch dann Ungarn, Polen und die Länder, in denen sie nicht willkommen sind, und die ihnen keine Chance auf Integration und ein menschenwürdiges Leben bieten, verlassen und sich nach Deutschland, Schweden und Österreich und in andere wohlhabende Länder aufmachen, in denen ihre Verwandten und Freundinnen und Freunde bereits untergekommen sind.

Ein Scheitern des bisherigen europäischen Flüchtlingsystems bedeutet jedoch nicht, wie von manchen erhofft, das Scheitern Europas. Europa muss sich nur auf seine Grundwerte besinnen, darauf, dass es ein Raum der Freiheit und der Grundrechte sein will, was auch die Verfassung jedes einzelnen Mitgliedstaates verspricht. Die EU-Grundrechte-Charta bietet den Rahmen. Sie garantiert nicht nur den Flüchtlingen Schutz, sondern jeder und jedem Einzelnen das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 6), auf Achtung des

Privat- und Familienlebens (Art. 7) und Unantastbarkeit der Menschenwürde (Art. 1). Dies verlangt, die Flüchtlinge als Menschen freien Willens anzunehmen. Sie können nicht „verteilt“ werden, nicht nach der Fluchtroute und nicht nach einer Quote. Vielmehr müssen sie selbst entscheiden dürfen, wie und wo sie ihr Leben gestalten.

Jetzt ist der historische Moment gegeben, das Prinzip „free choice“ in Europa einzuführen. Das erscheint angesichts der Stimmung in vielen Mitgliedstaaten paradox zu sein – doch nur auf den ersten Blick. Denn die nicht-aufnahmebereiten Länder werden durch einen solchen Grundsatz zum Großteil entlastet und deshalb kaum widersprechen. Für Deutschland, Schweden, Österreich und Frankreich wäre das nicht der Fall, sie würden aber auch nicht übermäßig mehr belastet – die Flüchtlinge werden sich verteilen, wenn sie nicht an der Weiterreise in das gewünschte Land gehindert werden. Ein großzügiger finanzieller Ausgleich müsste die aufnahmebereiten Länder stärken. Sie brauchen Geld – viel mehr als bisher –, um die aufgenommenen Flüchtlinge zu integrieren, Sprachkurse anzubieten, Wohnungen zu bauen und sie in Lohn und Arbeit zu bringen. Das wird nicht einfach werden, ist aber eine lohnende Investition. Die Aufnahmeländer werden – gelingt die Integration – durch den Zuzug vieler junger, wagemutiger und leistungsbereiter Menschen aufblühen. Ihre in Teilen andere Kultur wird unsere bereichern und noch offener machen. Die nächste Generation wird eine reiche Ernte für diesen Weitblick einfahren. Die nationalistischen Eigenbrötler-Staaten werden dann mit Neid auf die Staaten blicken, die nicht nur ihre Herzen, sondern ihr Land den Flüchtlingen und den Innovationen, die sie mit sich führen, geöffnet haben. Nutzen wir also die Chance: Für eine freie Wahl des Zufluchtsortes!<